

Was sind denn Theorie und Praxis der PKK zur Geschlechterfrage?

Die PKK begreift die Geschlechterfrage auch als Männerfrage und sagt, dass Befreiung und Sozialismus nur möglich sind, wenn die Menschen sich von ihren Rollen befreien. Deshalb will sie Strukturen schaffen, in der jedeR einzelne dazu befähigt wird, sich selbst zu erkennen und im gemeinsamen Kampf zu verändern. Die Frauenbewegung ist in der PKK eigenständig in der YAJK organisiert. Jetzt ist als eigenständige Partei die PJKK (Arbeiterinnenpartei Kurdistan) gegründet worden. Das ist eine Konsequenz aus der Geschichte der Befreiungsbewegungen, in der Frauen sich immer am Kampf beteiligt haben, aber dann sehr schnell in ihre alten Rollen zurückgedrängt wurden.

Wollte Andrea in Kurdistan bleiben? Andrea war wichtig, dass sie so die Situation der revolutionären Linken in der BRD quasi von aussen analysieren konnte. Sie hatte vor, nach einer wieder zurückzukehren und sich mit neuen Ideen hier zu beteiligen. Es geht nicht darum, den Umgang mit Waffen zu lernen, dafür braucht man nicht nach Kurdistan zu fahren. Wichtig sind die politischen Prozesse, die den Menschen befreien, und wie Imperialismus und Patriarchat überwunden werden können. Wichtig ist die Diskussion um die eigenen Vorstellungen, um von dieser Anti-Haltung, z.B. Antifaschismus, Antirassismus, Anti-imperialismus etc. wegzukommen.

Was passierte nach ihrer Ermordung? Die Nachricht von ihrer Ermordung war für uns ein großer Schlag. Es gab in verschiedenen Städten hier Kundgebungen, Demonstrationen und Veranstaltungen. In München hat sich eine „Untersuchungskommission Andrea Wolf“ zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea und weiterer KämpferInnen in Kurdistan und zur Untersuchung von Kriegsverbrechen und der Behandlung von Kriegsgefangenen durch das türkische Militär gegründet. Die BRD hat sich bei der Türkei erkundigt, die von nichts gewusst haben wollte. Damit war die Sache erstmal erledigt. Später gab es ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Frankfurt/M. gegen Unbekannt wegen Mordes. Vor allem gab es in der Folge großes Interesse, warum InternationalistInnen in die Berge Kurdistan gehen.

Wie siehst du den Umgang hier ermordeten Revolutionären?

Das Ende der SPD, wie wir sie kennen

# ber den Zwang zur



**Berlin.** Seit ihrer Gründung, spätestens jedoch seit Bewilligung der Kriegskredite 1914, versuchte die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Volkspartei statt Arbeiter- oder gar Klassenpartei zu sein, also ganz Deutschland statt nur einen Teil zu vertreten. Trotzdem wurde die SPD allseits nicht als die wirklich „authentische“ Repräsentation Deutschlands betrachtet: den Rechten war sie zu links, die Linken hielten sie in aller Regel für ein Stück des „besseren“ Deutschlands oder zumindest für das kleinere Übel. Bereits um die Zeit des Ersten Weltkrieges machte sich die Sozialdemokratie nichtsdestotrotz um die Nation verdient: 1914 im Krieg nach außen, 1918 beim Bürgerkrieg im Innern.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg durfte, nachdem die erste echte deutsche Volkspartei, die NSDAP, an der authentischen Repräsentation des deutschen Volkes durch äußere Gewalt gehindert wurde, die Sozialdemokratie wieder ran. Fortan aber konstituierten sich alle Parteien als große deutsche Volksparteien, für die Vertretung der Nation genügte dementsprechend eine von ihnen. Und die Funktion der SPD bestand weiterhin vor allem darin, Deutschland nur dann zu vertreten, wenn die andere große Volkspartei gerade mal unglaublich geworden war und jemand gebraucht wurde, der den Karren aus dem Dreck zieht. So hielt die SPD den Schein einer Alternative aufrecht und wurde doch nur gewählt, um CDU/CSU abzuwählen. Zurecht wurde die SPD daher nicht als vollwertiger Repräsentant der Nation betrachtet, sondern als Ausputzerin und Befriederin in Krisenzeiten, als die Partei des sozialen Ausgleichs und des „Versöhnens statt Spaltens“ (Eigenwerbung). Die SPD erfüllte diesen Teil der nationalen Aufgabe in der fordistisch geprägten Nachkriegszeit als Partei der Umverteilung und der keynesianistischen Wirtschaftspolitik, das heisst der staatlich gestützten nachfrage- und ausgleichsorientierten Regulierung. Doch aus den Verteilungskämpfen um den Reichtum ist mit dem Abflauen der fordistischen Produktionsweise ein „umgekehrter“ Verteilungskampf ums Sparen geworden, und der Einzige, der diesen Sparkampf noch im Rahmen der alten fordistisch-keynesianistischen Umverteilungspolitik führen wollte, war Oskar Lafontaine. Denn für die SPD ist der lange Marsch nach Mitte zu Ende, sie ist endlich da angelangt, wo sie immer hindrängte: in der Mitte. Mit Oskar Lafontaine hat sich die SPD daher nicht nur einer unbequemen Altlast entledigt; sie hat ihn entsprechend der Logik abgespalten, nach der sich

die Mitte nur gegen ihre Extreme behauptet. Dass der Rücktritt Lafontaines und seine Abrechnung nun von der SPD und ihrem Umfeld nicht als politischer Konflikt aufgenommen wurde, Lafontaine vielmehr psychologisiert wird, verweist nur darauf, dass die politische Ausrichtung der SPD selber einem zwanghaften Wahn zur Mitte folgt, der ihr nicht bewußt ist. Doch solange die SPD zwanghaft alles in die Mitte gedrängt hat, blieb sie in Bewegung und hatte zumindest eine Funktion. Jahrzehntlang hat sie als „linke Kraft“ die Gesellschaft zur Mitte hin ausglich, 1914 die nationale Einheit hergestellt, 1918 dieselbe gegen die sozialistische „Zersetzung“ verteidigt, und in den Jahren nach 1968 Staat, Bildung und Kultur an die fordistischen Nachkriegsverhältnisse angepasst. Doch kaum hat sich die SPD selbst als die „Neue Mitte“ ausgerufen, geriet sie in die Krise: Die SPD wurde gebraucht als Partei, die die Mitte



hat die „Neue Mitte“ rechts gefunden

sucht, als Partei, die die Mitte gefunden haben will, stellt sie sich selbst still. Denn die SPD war zwar immer schon Partei der Mitte, aber eben nur eine, die zur Mitte führt.

Nachdem 1989 die Nachkriegszeit der BRD endgültig vorbei ist, ist damit 1999 auch die traditionelle Rolle der Sozialdemokratie vorbei. Die BRD nähert sich damit der Zwei-Parteien-Konstellation der USA an, wo sozusagen immer schon aus der „Mitte heraus“ Politik gemacht wird und die Parteien sich eigentlich nur darin unterscheiden, dass die eine gerade regiert und die andere eben nicht. Ihre klassische Rolle als Befriederin und Ausputzerin in Krisenzeiten hat die SPD damit verloren, sie wird jetzt nur noch für die schlichte Abwahl gebraucht.

Offenbar benötigt die kapitalistische Gesellschaft also keine Repräsentanten des Besonderen mehr (besonderer Klassen, Schichten oder